

Ich lasse auch keine Zwischenfragen zu. Herr Abgeordneter Walther, wollen Sie noch? - Danach noch, das steht ihm zu, der Abgeordnete Kamm.

Prof. Dr. Walther für die Fraktion der DSU:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Was sich heute hier abspielt, ist eine traurige Stunde des Parlaments.

(Beifall)

Als Vorsitzender der Fraktion der DSU erkläre ich hier vor diesem Hohen Haus und der gesamten Bevölkerung unseres Landes, daß mit diesem Verfahren der Wille der Bevölkerung mit Füßen getreten wird. Wir haben andere Probleme.

(Dr. Heltzig, SPD: Mein Gott, Walther! - Beifall bei der DSU)

Am 18. März wurde dieses Parlament gewählt. Wohl keine Wahl war so umkämpft, mit Emotionen geladen wie diese. Nach 40 Jahren Diktatur und 12 Jahren davor durften die Bürger des Landes endlich frei wählen. Sie wählten Parteien, Programme, Personen. Sie wählten Meinungsfreiheit, Pluralismus, soziale Marktwirtschaft, demokratische Mitbestimmung, soziale Sicherheit, Lebensqualität, alles dieses erhofften sie mit ihrer Wahl.

Wir zogen in dieses Haus ein, ungeübt, voll Optimismus, ständig in Verbindung mit unseren Wählern, der sogenannten Basis.

(Zuruf von der SPD: Sogenannte? - Heiterkeit)

Wir sitzen hier für uns und unsere Kinder, die hierbleiben sollen, die hier arbeiten und wohnen sollen, und schaffen die Bedingungen für eine Einheit Deutschlands.

Wir haben eine Regierung gewählt, einen Ministerpräsidenten an der Spitze, der von Tag zu Tag an Profil gewann und der in unserer Bevölkerung, von der großen Mehrheit dieses Hauses voll anerkannt und

(Beifall bei CDU/DA)

ob seiner Fachkompetenz und menschlichen Ausstrahlung unsere Anerkennung und Unterstützung verdient. Und nun diese heraufbeschworene Krise! Die Initiatoren haben bisher immer betont, daß sie als Interessenvertreter ihrer Wähler den oft zitierten aufrechten Gang unserer Bürger in das einheitliche Deutschland begleiten und vorbereiten wollen.

Mit dem heutigen Tag wird es sichtbar: Sie haben dies nicht im Sinn. Sie gehen nicht gerade. Sie konstruieren einen Zick-Zack-Kurs. Sie planen Strategien für die Parteienlandschaften nach der ersten einheitlichen deutschen Wahl.

(Zuruf aus der SPD: Kennen Sie Herrn Waigel?)

Sie planen und führen Sandkastenspiele durch, die sie in dieses Haus tragen.

Die DSU sagt hier und heute den Vertretern dieses Hauses und den Bürgern in diesem Land: Wir wollen in der bestätigten Koalition und der demokratisch legitimierten Regierung den kürzesten und besten, von wahltaktischen Erwägungen freien Weg in das einheitliche Deutschland.

(Gelächter bei der SPD)

Wer Regierungskrisen heraufbeschwört, wird schuldig an den Bürgern dieses Landes.

(Beifall bei CDU/DA - Zuruf von der SPD: Jawohl!)

Einziger Sinn des vorgelegten Antrages ist es, die kleinen Parteien aus dem ersten gesamtdeutschen Parlament fernzuhalten. Es wäre ehrlich von den Antragstellern, dieses zu sagen und nicht hier die junge Demokratie zu destabilisieren.

Im übrigen sehe ich mit Betrübnis den Schatten eines Grafen in diesem Parlament. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei DSU, CDU/DA und Bündnis 90/Grüne)

Stellvertreter der Präsidentin Dr. Höppner :

Der Vertreter der DBD wollte keinen Redebeitrag halten, sondern nur einen Satz. Es können auch zwei sein, bitte schön. Herr Kamm, Sie können gleich hier bleiben.

Dr. Goepel für die Fraktion DBD/DFD:

Wir haben keine Veranlassung, unsere am Freitag abgegebene Erklärung zu widerrufen.

Stellvertreter der Präsidentin Dr. Höppner:

Bitte schön.

Dr. Kamm für die Fraktion CDU/DA:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist eigentlich traurig, daß man in einer solch ernsten Situation mit solchen scharfen Argumenten hier in diesem Haus aufwartet, wo wir uns doch voll und ganz darüber im klaren sind, daß wir uns hier miteinander eingefunden haben, miteinander zu reden, um Sorge zu tragen für das Land, für die Bürger, damit es ihnen auf dem Wege zur sozialen Marktwirtschaft so geht, wie wir es uns vorgestellt haben.

Und aus diesem Grunde gibt es ja eigentlich zwischen diesen nun mittlerweile vorliegenden Anträgen recht viele Gemeinsamkeiten. Und ich glaube, daß diese Gemeinsamkeiten eigentlich gar nicht dazu führen dürften, solche Schärfen in die Diskussion zu bringen.

Wir sind in der Koalition für die Fünfprozentklausel. Dafür haben wir uns doch ausgesprochen. Ich sehe da überhaupt gar keine Polemik, auch innerhalb der Koalition.

Wir haben uns miteinander dafür ausgesprochen, einen Einigungsvertrag als ein sorgfältiges Instrumentarium zu entwickeln, das alle die Bedingungen klärt, damit diese Einigung der deutschen Staaten so vonstatten geht, wie es auch für diese Zeit nötig ist. Wir haben uns auch dafür ausgesprochen, daß diese beiden Parlamente mit dem Inhalt des Einigungsvertrages aufeinanderzugehen, und so aufeinander zugehen, wie wir das auch in der Debatte oder in der Aktuellen Stunde zum Einigungsvertrag gesagt haben, daß dazu drei Phasen nötig sind.

Und ich verstehe überhaupt nicht, daß um eines Tages willen, ob am 1. Dezember oder 2. Dezember, den Beitritt zur Bundesrepublik Deutschland auch in einem gemeinsamen Interesse, nämlich nach Artikel 23, zu erklären, diese wichtige Koalition, die für unser Land so notwendig ist, scheitern soll.

(Zuruf von der SPD: Dann stimmen Sie doch dem 1. zu!)

Jedenfalls gibt es auf diesem Wege diese grundsätzlichen Unterschiede erst einmal nicht. Der grundsätzliche Unterschied entsteht doch nur an einem Tag, ich will es mal auf diesen Punkt bringen. Und ich verstehe den Herrn Kollegen Kney nun überhaupt nicht mehr. Ich habe eine „Lausitzer Rundschau“ zugeeignet bekommen, Herr Kney, in der Sie noch im Dezember 1989 erklärt haben, daß Sie sich eine zukünftige DDR ohne Kommunisten nicht vorstellen könnten.

(Gelächter - Zuruf von Bündnis 90/Grüne: Jawohl!)

Und nun sind Sie hier so vehement angetreten, daß Sie hier in dieser Debatte gegen die gewählten Abgeordneten dieses Hauses antreten, die Sie eigentlich auch erst in diesem Parlament sehen wollten.